

Der Ausschussvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Es lagen zwei schriftliche Anträge der Fraktion Bündnis90Die Grünen vor, die am Tag der Sitzung digital an die Fraktionen versendet wurden. Herr Günther erläuterte kurz, dass die Anträge einen Beschlussvorschlag enthalten, auf dem Dach der Kindertagesstätte in der Deichstraße und dem neuen Jugendzentrum eine Photovoltaik-Anlage zu errichten.

Herr Werner Müller bestätigte den späten Eingang der Anträge und er hatte, wie er vermutete auch die übrigen Mitglieder des Ausschusses, noch nicht die Gelegenheit sie zu lesen. Er fand es bemerkenswert, dass zwei Ergänzungsanträge zu einem TOP gestellt werden, wo lediglich eine Berichterstattung zu den Maßnahmen erwartet wird. Er äußerte den Wunsch, in diesem Ausschuss doch weiter sachbezogen und weniger politisch zu arbeiten und machte den Vorschlag, die beiden Anträge als Prüfaufträge an die Verwaltung zu geben.

Herr Bäsch fügte an, dass seine Fraktion die Anträge auch spät erhalten hat und diese deshalb auch nicht näher geprüft werden konnten. Dem Vorschlag von Herrn Müller konnte er sich anschließen.

Herr Piéla erklärte zu den verspäteten Anträgen, dass dies der gestrigen Fraktionssitzung geschuldet sei, die sich der Thematik „Photovoltaik-Anlage“ nochmals angenommen hat, zumal es gegenüber der Verwaltung schon einmal angesprochen wurde, aber nicht so wie gewünscht in die Umsetzung gekommen ist.

Herr Günther betonte ebenfalls, dass dies kein neues Thema für die Verwaltung ist und er keinen Sinn in einem weiteren Prüfantrag erkennen kann. Es wurde eingehend darüber diskutiert und seine Fraktion hat stets darauf gedrängt bei Baumaßnahmen die Möglichkeit einer Umsetzung, auch unter Einbeziehung der eigenen Stadtwerke, zu prüfen. Gerade weil die Verwaltung dies nicht berücksichtigt, sind diese beiden Anträge jetzt zustande gekommen.

Herr Weber stellte klar, dass nach Rücksprache mit seiner Fraktionsvorsitzenden Frau Jung, sich diese auch dahin gehend geäußert hat, dass den Fraktionen ausreichend Gelegenheit gegeben werden muss, dies intern zu beraten.

Nach dieser Aussprache stimmte der Ausschuss einstimmig für eine Vertagung.

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.